



Resolution des Klima-Bündnis Lëtzebuerg zur Klimakrise

Eine Resolution zur Ausarbeitung eines sofortigen Aktionsplans auf kommunaler Ebene mit ambitionierten Maßnahmen, um die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen.

Wir, die Mitgliedsgemeinden und die Koordinationsorganisationen des Klima-Bündnis Lëtzebuerg, stellen fest, dass

- der voranschreitende, menschengemachte Klimawandel eine sich schnell entwickelnde Krise ist, welche die globale Stabilität und die menschliche Existenz ernsthaft gefährdet;
- der Weltklimarat (IPCC) einen Sonderbericht zu den Folgen der globalen Erderwärmung herausgebracht hat. Darin stellt er die Notwendigkeit fest, globale Treibhausgasemissionen bis weit vor 2030 zu reduzieren, um die Erwärmung auf 1,5 °C - wie im Pariser Abkommen beschlossen - zu beschränken und damit die katastrophalsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden. Dies ist nur erreichbar mit ehrgeizigen Maßnahmen der nationalen und subnationalen Ebenen, der Zivilgesellschaft, des Privatsektors, mit indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften;
- das derzeitige Tempo und das Ausmaß der kommunalen, nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik nicht ausreichen, um erhebliche Schäden für Umwelt, menschliche Gesundheit und Wirtschaft in den kommenden Jahrzehnten abzuwenden;
- gefährdete Bevölkerungsgruppen - in unseren Gemeinden, aber vor allem unter unseren indigenen Partnern im Amazonasgebiet und anderen fragilen Ökosystemen - am stärksten von langjähriger Umweltungerechtigkeit betroffen sind und die negativen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen, der auf fossilen Rohstoffen basierenden Wirtschaft und der Übernutzung von Ressourcen, am stärksten spüren;
- die Abholzung des Regenwaldes im Amazonasbecken und anderer Regenwälder ein zusätzlicher Treiber der Klimakrise ist und die Lebensräume und Kulturen der indigenen Völker zerstört. Da Regenwaldschutz auch als Klimaschutz zu verstehen ist, bekräftigen wir damit auch die durch unsere Mitgliedschaft im Klima-Bündnis eingegangene Verpflichtung, indigene Organisationen zu unterstützen, insbesondere vor dem Hintergrund der mittlerweile durch Luxemburg ratifizierte Konvention ILO 169;
- Gemeinden und Städte weltweit und auch in Luxemburg, bereits heute unter den Folgen der Klimakrise in Form von orkanartigen Stürmen, Luftverschmutzung, extremer Hitze und Dürre sowie Überflutungen leiden. Diese Auswirkungen werden sich verstärken, wenn die globalen Treibhausgasemissionen nicht signifikant reduziert werden;



- die Klimakrise grundlegende menschliche Bedürfnisse wie Nahrung, Wohnen, Gesundheitsversorgung, Verkehrsmittel und Energie verteuern wird. Dies wird aufgrund der unterschiedlichen finanziellen Anpassungskapazität zu verschärften sozialen Spannungen in unserer Gesellschaft führen. Zudem ist aufgrund dieser vielerorts nicht mehr erfüllbaren Bedürfnisse mit einem weiteren Anstieg der schon vorhandenen Migrationsbewegungen zu rechnen;
- nationale und lokale Autoritäten weltweit die Emissionen bis 2030 signifikant reduzieren müssen, um innerhalb einer Erwärmung von 1,5 °C zu bleiben.

Obwohl Luxemburger Gemeinden bereits Pläne und Strategien zur Emissionsreduzierung entwickelt haben, reichen diese bei weitem noch nicht aus, um den Anforderungen angesichts der aktuellen Klimakrise gerecht zu werden. Sie müssen also bedeutend verstärkt werden. Dafür sind die Gemeinden auch auf die nationale sowie – in geringerem Maße – auf die europäische Ebene angewiesen, um weiter als bisher zu gehen und umfassendere Maßnahmen zu ergreifen.

DESWEGEN BESCHLIESSEN WIR, ALS KLIMA-BÜNDNIS LËTZEBUERG, UNS DER KLIMAKRISE ZU STELLEN!

Konkret bedeutet dies, dass unsere Gemeinden und Nichtregierungs-Organisationen sich zu **der Vision einer Zukunft** bekennen, die auf menschenverursachte Treibhausgasemissionen verzichtet und somit den **Empfehlungen des Berichts des IPCC von 2018** gerecht wird.

DESHALB BESCHLIESSEN WIR WEITERHIN,

- dass die Gemeinden und NGOs die Klimaauswirkungen aller zukünftigen Geschäfts- und Aktivitäts-Entscheidungen berücksichtigen werden und Lösungen und Aktionen bevorzugen, die positive Auswirkungen für Klima, Umwelt und biologische Vielfalt haben;
- dass die Gemeinden die Integration von Klimafragen in allen kommunalen Aufgabengebieten und die Zusammenarbeit zwischen Abteilungen fördern wird, um mit hoher Priorität Strategien für eine drastische Verringerung der Emissionen zu erarbeiten;
- dass die Gemeinden ihre Klimaschutzbemühungen mit anderen lokalen, regionalen und nationalen Autoritäten verstärkt koordinieren, um kurzfristige und sozialverträgliche Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen aus fossilen Brennstoffen und anderen Quellen zu beschließen;
- dass Initiativen und Organisationen, die auf lokaler Ebene im Bereich der Umweltgerechtigkeit tätig sind, aktiv am Übergang der Gemeinden zu einer fossilfreien Wirtschaft beteiligt sein müssen;
- dass die Gemeinden, während sie an der Bekämpfung der Klimakrise arbeiten, ihre Bemühungen zur Anpassung an den Klimawandel weiter vorantreiben, um die unvermeidlichen Auswirkungen zu verringern;



- dass die Gemeinden und NGOs sich verpflichten, die Bürger*innen und insbesondere junge Menschen mittels Versammlungen, Konferenzen und anderer Aktivitäten über die Klimakrise zu informieren, Bürger*innenversammlungen durchzuführen, und die Ideen und Vorschläge aus der Bürgerschaft bei ihrer Entscheidungsfindung mit einzubeziehen;
- dass der Schöffen- und Gemeinderat das kommunale Budget so aufstellt, dass es dringende Klimaschutzmaßnahmen ermöglicht, weitere Investitionen in, von fossilen Brennstoffen abhängigen, neuen Infrastrukturen in der Regel vermeidet und eine klima-resiliente Zukunft für alle gewährleistet. Dies gilt in gleichem Maße auch für das Engagement der Gemeinde, das Klima-Bündnis Netzwerk auf nationalem Niveau gegenüber der Regierung bei Forderungen nach einem Ausstieg aus den fossilen Energien zu unterstützen.
- dass die Klima-Bündnis Gemeinden sich vornehmen, sich zu der Umsetzung dieser Resolution untereinander auszutauschen und Best-practice-Beispiele zu teilen.

DAS KLIMA-BÜNDNIS LËTZEBUERG LÄDT ALLE GEMEINDEN IN LUXEMBURG DAZU EIN, SICH DIESER ERKLÄRUNG ANZUSCHLIESSEN! EINE ENTSPRECHENDE RESOLUTION FÜR DEN GEMEINDERAT SOWIE INFORMATIONSMATERIALIEN STEHEN ZUR VERFÜGUNG.

AN DIE LUXEMBURGER REGIERUNG ERGEHT DIE AUFFORDERUNG, DIE NATIONALE KLIMAPOLITIK RESOLUT DEN VERPFLICHTUNGEN DES PARISER ABKOMMENS SOWIE DEN ERKENNTNISSEN DES IPCC-BERICHTS ANZUPASSEN!

Wie schon in den Wahlforderungen 2018 des Klima-Bündnis Lëtzebuerg thematisiert, bedarf es dazu u.a.

- der drastischen Reduzierung des pro Kopf-Energieverbrauchs;
- der deutlichen Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien;
- des aktiven Schutzes der Regenwälder;
- der Förderung einer klimafreundlichen Ernährung;
- der Neudefinition der Rolle der Gemeinden bei Klimaschutz und Klimaanpassung;
- des Ausbaus des Klimapakts sowie der deutlichen Aufstockung der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte innerhalb der Gemeinden.

Angenommen mit 22 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen und 1 Gegenstimme anlässlich der Plenarsitzung des Klima-Bündnis Lëtzebuerg in Münsbach am 11. November 2019

Das Klima-Bündnis

Seit mehr als 25 Jahren setzen sich die Mitgliedskommunen des Klima-Bündnis mit ihren indigenen Partnern der Regenwälder für das Weltklima ein. Mit 1.700 Mitgliedern aus 26 europäischen Ländern ist das Klima-Bündnis das weltweit größte Städtenetzwerk, das sich dem Klimaschutz widmet, und das einzige, das konkrete Ziele setzt: Jede Klima-Bündnis-Kommune hat sich verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren. Da sich unser Lebensstil direkt auf besonders bedrohte Völker und Orte dieser Erde auswirkt, verbindet das Klima-Bündnis lokales Handeln mit globaler Verantwortung

In Luxemburg sind 40 Gemeinden Mitglied im Klima-Bündnis Lëtzebuerg (Stand 2019), das von den 2 NGOs ASTM und Mouvement Ecologique koordiniert wird.